

ROTER BÖRSENKRACH

Plan A. Klatschen oder zweifeln? Welchen Kurs fährt Christian Kern?

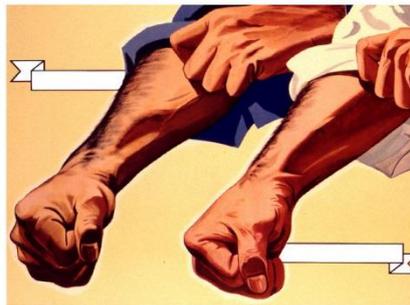
Viel mehr amerikanische Professionalität geht eigentlich nicht. Anstatt eines Redner*innenpults eine runde Manege. Anstatt auf einer erhöhten Bühne spricht der Bundeskanzler inmitten des rund um ihn erhöht sitzenden Publikums. Präsentiert eine Art Programm, das dem optischen Design nach auch die Reisezeitschrift im ÖBB-Railjet sein könnte. Verschiebt dafür ein paar Tage später den Beschluss des noch unbekanntes offiziellen Parteiprogramms auf 2018.

Großes Medienecho hat Christian Kerns Auftritt in Wels am 11. 1. jedenfalls hervorgerufen (viel mehr als die Pressekonferenz des Koalitionspartners ein paar Tage vorher). Und im Gegensatz zu einem offiziellen Parteiprogramm muss der „Plan A“ nicht erst den mühsamen Weg durch die Parteigremien antreten, sondern lässt sich, kaum entworfen, schon vermarkten. Wer braucht da noch innerparteiliche Demokratie...

Damit wäre zwar einiges zum „Wie?“ der momentan schillerndsten österreichischen Polit-Kampagne

gesagt – die Frage nach dem „Was (steht da eigentlich drin/kann man davon halten)?“ bliebe aber nur unzureichend beantwortet. Im Folgenden sollen daher einige Aspekte des Plan A einer kurzen Analyse unterzogen werden.

**Ärmel aufkrepeln,
jetzt geh' ma's an!**



Aber was eigentlich?

Abschied vom europäischen Arbeitsmarkt
Lohndumping durch die EU-Erweiterung und insbesondere die sogenannten „entsendeten Arbeitnehmer*innen“ waren ein zentrales Thema von Kerns Rede. Führt beispielsweise eine ungarische Firma einen Auftrag in Österreich aus und schickt dafür ihre

Mitarbeiter*innen, so müsste sie diesen eigentlich zumindest österreichische Kollektivvertragslöhne bezahlen. Kontrollierbar ist das aber kaum – dafür bedürfte es wohl grenzübergreifender Kooperation – und die, so Kern, ließen die Länder unserer östlichen Nachbarschaft bisher vermissen.

Er schlägt also für Branchen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit vor, dass, wenn sich eine Person aus dem EU-Ausland um eine Stelle in Österreich bewirbt, das AMS zunächst prüfen solle, ob die Stelle nicht auch von einem/r arbeitssuchenden Österreicher*in besetzt werden könne. Und nur falls das Ergebnis dieser Prüfung negativ ausfalle, solle der/die ausländische Bewerber*in zum Zug kommen. Applaus geht durch den Saal.

Dass diese Forderung nach dem Motto „Die Ausländer nehmen uns unsere Arbeitsplätze weg!“ gut ankommt, wird den/die gelernte*n Österreicher*in kaum verwundern. Wenn Christian Kern schon auf diesen rechtspopulistischen Zug aufspringt – was

verspricht er sich davon?
Und zu welchem Preis?

Gegen das Lohndumping durch entsendete Arbeitnehmer*innen wird die Maßnahme nichts ausrichten. Denn diese heuern ja nicht bei einer österreichischen Firma an, sondern arbeiten längst bei einer, beispielsweise ungarischen, Firma. Folglich werden sie auch nie mit dem AMS in Kontakt kommen. Die Prüfung durch das AMS würde vor allem jene treffen, die dauerhaft in Österreich arbeiten wollen und in deren Fall die Einhaltung österreichischer Kollektivverträge schon jetzt besser kontrollierbar ist.

Wird die Maßnahme also primär als Druckmittel gegen ost- und mitteleuropäische Länder fungieren, damit diese bei anderen Themen (Entsenderichtlinie, Mindeststeuersätze für Unternehmen) zu Kompromissen „gezwungen“ werden können? Auch das scheint, so zeigen erste Reaktionen auf Kerns Plan A, unwahrscheinlich.

Schließlich kann Österreich einen solchen Rechtsakt, so der Europarechtler Walter Obwexer [Standard vom 12. 1.], nicht unilateral verwirklichen. Anstatt Druck aufzubauen, wird der Vorschlag also wohl eher die Debatte auf ein fragwürdiges Feld verlagern – wo sie dann ohnehin

ebenfalls im Sand verlaufen wird.

Erbschaftssteuern

Hier hat Christian Kern mit seiner Feststellung, dass es in Österreich sehr wohl noch Erbschaftssteuern gebe (sie heißen halt anders, nämlich „Eigenregress“) zwei Themen auf ungewöhnliche Weise miteinander verknüpft. Die Finanzierung eines Seniorenheimplatzes ist in Österreich nämlich nicht wirklich durch den Staat gedeckt: „Bei Personen, die ihr Vermögen nicht ‚rechtzeitig‘ übertragen, kann der Eigenregress das gesamte Vermögen erfassen, was letztlich einer 100-prozentigen Erbschaftsteuer gleichkommt.“ [Plan A, S. 90]

Es ist auch vollkommen richtig, dass auf diese Weise vor allem kleine und mittlere Vermögen in Gestalt von Einfamilienhäusern und Sparbüchern dem Staat zufallen, während große Portfolios bestenfalls marginal belastet werden. Der Pflege regress ist also auch ein regressiver Steuersatz. Wenig überraschend erntet Kerns Vorschlag, statt seiner lieber eine allgemeine Erbschaftsteuer ab 1 Million Euro einzuführen und Heimplätze dafür staatlich auszufinanzieren, ein reflexartiges „No more taxes!“ von Finanzminister Schelling.

Und das, obwohl ja eigentlich nur eine Steuer, die nicht so heißt, durch eine Steuer, die auch tatsächlich so heißt, ersetzt werden würde.

Hochschulzugang

„Aber wir müssen genauso akzeptieren, dass das Leistungsprinzip auch beim Zugang zu unseren Unis etwas ist, was mit sozialdemokratischen Wertevorstellungen zusammenpasst“, sagt Christian Kern nach gut einer Stunde Redezeit.

Ein Satz, der Unbehagen auslöst. Auch, wenn unmittelbar davor ein Bekenntnis gegen soziale Hürden beim Hochschulzugang ausgesprochen wurde. Denn soziale Barrieren und „leistungs-basierte“ Aufnahmetests sind im Normalfall stark miteinander korreliert. Erstens kosten Vorbereitungskurse und -materialien Geld, zweitens sind es tendenziell eher Kinder reicher, erfolgreicher Eltern, die sich überhaupt ein Studium zutrauen.

Auch die im Plan A zur Schau gestellte Entschlossenheit, nach deutschem Vorbild „Exzellenzcluster“ an den Universitäten zu formen, sollte kritisch betrachtet werden. Die Aufspaltung der Universitäten in kleine, aber feine „Leuchttürme“ der Forschung und Wissenschaft einerseits und Lehruni-

versitäten für die breite Masse andererseits, trägt nämlich wesentlich zur Elitenbildung in einer Gesellschaft bei. Wer sich näher damit auseinandersetzen möchte, dem/der seien die Werke des deutschen Soziologen Michael Hartmann empfohlen.

Neonazis im Fakultätsgebäude

Am Donnerstag, dem 19.1., wollte der "Ring Freieitlicher Studenten" (RFS) eine Wahlkampfveranstaltung in unserem Unigebäude veranstalten. Dort hätte der Faschist Herbert Fritz vortragen sollen. Der hatte unter anderem die neonazistische (und wegen Wiederbetätigung verbotene) Nationaldemokratischen Partei mitbegründet, eine Aufhebung der Nürnberger Urteile gegen Nazi-Kriegsverbrecher gefordert, die Präsidentschaftskandidatur des stolzen NSDAPlers Otto Scrinzi unterstützt und war für eine Freilassung des Holocaustleugners Gerd Honsik Erstunterzeichner. Wie das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands [1] eindrucksvoll darlegt, ist er eine Fixfigur in der österreichischen Naziszene und war an jeder rechten Sauerei seit den 70er-Jahren beteiligt.

Ein kleines persönliches

Fazit

Christian Kerns „Plan A“ beinhaltet bei Erbschaftssteuern, Bildung, staatlichen Investitionen, Privatinsolvenz (Abschaffung der Mindestquote) einige progressive, unterstützenswerte und auch erfrischende Ansätze. Bis-

weilen verursacht er aber auch Stirnrunzeln. Dem „Macher-Image“ des Kanzlers ist er sicher dienlich. Der Ausbau demokratischer Mitbestimmung in Arbeitsplatz, Universität und Staat ist hingegen kein Thema.

http://www.meinplana.at/magazin_herunterladen

Wir als Roter Börsenkrach haben den Antifaschismus in unseren Grundsätzen stehen: Unser politisches Selbstverständnis ist vom Kampf gegen diese mörderische Ideologie und ihre Vertreter*innen nicht zu trennen.



Wir wenden das Konzept "Keine Plattform" an: Faschist*innen verwenden jeden öffentlichen Auftritt zur Rekrutierung neuer Mitglieder, zur Festigung ihrer Strukturen und für ihre Propaganda. Wir wollen verhindern, dass sie

ihre politischen Ziele in die Tat umsetzen. Deshalb war es auch klar, dass der

Vortrag am Donnerstag nicht ohne Protest von unserer Seite passieren durfte.

Zusammen mit anderen antifaschistischen Aktivist*innen, bei denen wir uns herzlich bedanken wollen, haben wir den Hörsaal 16 von außen blockiert, um zu verhindern, dass der Neonazi Fritz an unserer Uni hetzt. Der Sicherheitsdienst hat uns zwar aufgefordert, das Gebäude zu verlassen und auch die Polizei gerufen, die mit der WEGA anrückte, unser Protest wurde aber nicht geräumt, der Blockade schlossen sich auch etwa 5 vorbeikommende Studierende spontan an.

Die Rechten beschlossen, in einen anderen Hörsaal auszuweichen. Ein Versuch, auch diesen zu blockieren, wurde von Polizei und

Roter Börsenkrach Jänner 2017 – S.4

Security verhindert. Es war uns bis dahin gelungen, die Veranstaltung um fast eine Stunde zu verzögern und potenzielle Mitstreiter des Rechtsradikalismus abzuschrecken. Unter Polizeischutz konnte der Vortrag aber dennoch stattfinden. Aufgrund eines Feueralarms wurde das Gebäude in der Folge evakuiert, hier brachen wir auch unseren Protest ab. Wir betrachten unsere Aktion als einen Erfolg, weil wir klar

gemacht haben, dass Nazis an unserer Uni nicht ungestört Propaganda betreiben können. Es ist aber auch eine Frechheit, dass eine Veranstaltung mit einem offenen Neonazi offen beworben werden konnte, ohne dass die Universität den Raum gekündigt hat. An den RFS, der mit nazistischen Aktivist*innen offensichtlich sympathisiert, sind solche Räume einfach nicht zu vergeben. Wir fordern die

Fakultäts-konferenzen der Wirtschaftswissenschaften und der Mathematik auf, sich gegen derartige Veranstaltungen in der Zukunft klar auszusprechen - und wenn es wieder notwendig ist, sie zu verhindern.

[1]

http://www.doew.at/cms/download/b3c9m/lasek_funktionaere_2015-2.pdf

Demo gegen den Wiener Akademikerball

Das oben erwähnte Event zeigt wieder einmal deutlich, dass der Rechtspopulismus auf dem Vormarsch. Dies wird durch öffentliche Präsenz und Netzwerktreffen noch weiter unterstützt. Der Wiener Akademikerball ist dafür ein Paradebeispiel und daher rufen wir zu diesem Anlass zur

Demonstration gegen Rassismus, Sexismus und Faschismus und für Gleichberechtigung, Toleranz und Solidarität auf. Hierzu kann man sich etwa der Demo des Bündnisses „Offensive gegen Rechts“ anschließen.
Wann? 3.2.2017, 17:00 Uhr
Wo? Vor dem Hauptgebäude der Uni Wien

Selbstorganisierte Lehrveranstaltung

Die von Studierenden selbstorganisierte Lehrveranstaltung (SoLV) behandelt schon seit 2010 VWL-relevante Themen, die im Curriculum vernachlässigt werden. Kommendes Sommersemester werden sogar gleich zwei angeboten!

Commons – Kommen'S!

2009 hat Elinor Ostrom den Nobelpreis in Wirtschaftswissenschaften erhalten für ihre Arbeit zu "Commons" - was ist denn das? Commons als gemeinschaftliche Organisationsform jenseits von Markt und Staat erforschte Ostrom anhand

zahlreicher Erfolgsbeispiele, meist in ländlichen Gemeinschaften, die über lange Zeit gemeinsam Weideland, Wälder oder Fischereigebiete bewirtschaften und dabei oft fragile Ökosysteme erhalten; nicht mittels Privateigentum am Land, sondern

mittels kollektiver Nutzungsrechte. Die empirische Realität zeigt hier etwas ganz anderes, als bekannte akademische Theorien vermutet hätten: keine zerstörerische Übernutzung durch selbstsüchtige Individuen, die kommunikationslos in Maximierungsfallen ge-

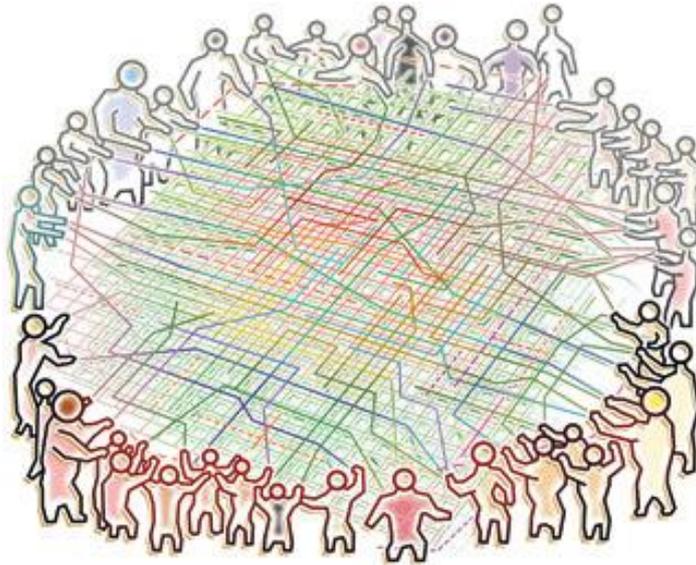
fangen sind. Stattdessen reale Menschen mit einer Vielzahl nicht nur an Bedürfnissen, sondern auch an Verhaltens- und Lösungsmöglichkeiten.

Menschen, die miteinander kooperieren, untereinander Absprachen treffen, sich als Gemeinschaft ihre eigenen Regeln setzen und einhalten und damit nachhaltig eine gemeinsame Ressource nutzen, erhalten, erschaffen. Ein ganz anderer Bereich: Wissensallmende. Wissen wird nicht weniger, wenn man es mit anderen teilt; tendenziell wird es sogar mehr, weil andere auf dem aufbauen können, was sie erfahren haben. Soll Wissen und Kulturgut nun künstlich verknappt werden,

stückchenweise in Privateigentum verwandelt, damit die auf Knappheit beruhenden Marktmechanismen weiter funktionieren? Oder kann es andere Modelle geben? Als commons-based peer-production beschreibt etwa Yochai Benkler das System, mit dem Wikipedia oder freie Software wie Linux erschaffen wurden. Was passiert, wenn wir Wissen und Kulturgut als Commons

denken? Welche Implikationen hat das – zum Beispiel auch ganz konkret an den Unis? Welche Regeln braucht es?

Die Commons verschiedener Bereiche sind immer wieder bedroht durch "Einhegung" - "enclosures". Historisch bezeichnet dieser Begriff das Errichten von Zäunen auf dem Allmendeland, die Inbesitznahme des Gemeinschaftslandes etwa durch den Adel.



Auch heute sind Commons oft durch Privatisierung und staatliche Politik bedroht.

Schon deshalb, weil ihre Existenz oft gar nicht wahrgenommen wird, da wir oft ganz unbewusst die Annahme treffen, dass das, was in niemandes Eigentum stünde, herrenlos und daher rechtmäßig originär aneignbar sei. Wieso sollte der Staat einen Wald nicht verkaufen können, an dem es bisher kein

Privateigentum gab? (Was, außer Privateigentum könnte es denn Relevantes geben? Wie, kollektive Nutzungsrechte, ein seit langem bestehendes Common?) Ganz ähnlich: Die Autoren der Wikipedia wurden nicht bezahlt; wurde dennoch ein Wert, ein Gut geschaffen? Geldfreie Wertschöpfung wird oft nicht gesehen; und dementsprechend wird Politik gemacht, die den montarisierten Sektor ("die

Wirtschaft") fördert, ohne Blick dafür, ob sie den nicht-monetarisierten Sektor fördert, unberührt lässt oder schädigt. So wurde durch die (rückwirkende!) Verlängerung des Copyrights in den USA der Großteil der Kultur des 20. Jahrhunderts

unzugänglich gemacht, wie etwa James Boyle ausführt. Wem war dieser (Kollateral-)Schaden bewusst? Wem nutzt dies? Die Grenzen des Denkens zu weiten und bisher Unsichtbares sichtbar zu machen, ist eines der Ziele der LV. Es geht nicht darum, Commons als Allheilmittel zu preisen, das Staat und Markt zur Gänze ersetzen sollte. Aber ein Bewusstsein dafür, dass es zumindest

eine dritte Kategorie möglicher Organisationsformen gibt, sollte vorhanden sein. Die Fähigkeit, existierende und mögliche Commons wahrzunehmen und sich dann dafür oder dagegen zu entscheiden; die Fähigkeit, in der Gesellschaft eine bewusste Debatte darüber zu führen, wo

und in welcher Form wir Commons sehen wollen, und wo nicht; wie sie mit Staat und mit Markt zusammenspielen können, oder welche Schwierigkeiten dabei zu beachten sind.

Format: Die LV hat Seminarcharakter. Die Einheiten werden von den Studierenden selbst gestaltet.

Die Studierenden finden sich zu Semesterbeginn zu themenzentrierten Kleingruppen zusammen, in der sie – in Absprache und mit fachlicher Unterstützung – die Gestaltung einer LV-Einheit vorbereiten.

Wann und wo?

Donnerstags 18:30 bis 20:00 Uhr, Hörsaal 9 OMP

Big Data

„Big Data“ ist das Thema der zweiten SoLV, die kommendes Semester angeboten wird. Die Lehrveranstaltung soll Studierenden ermöglichen, ihren Horizont zu erweitern und bietet dazu einen interdisziplinären Rahmen: Zu der Ringvorlesung eingeladen werden nicht nur Wirtschaftswissenschaftler*innen und Statistiker*innen, sondern auch Psycholog*innen und Soziolog*innen, um die Effekte einer „digitalen Gesellschaft“ abzuschätzen sowie auch Rechtsphilosoph*innen, um das durchaus wichtige Thema des Datenschutzes zu beleuchten.

Ganz im Sinne von modernen Technologien nutzen wir auch Kommunikationsmedien wie Skype, um hochkarätige Vortragende aus aller Welt zu uns zu holen –

die Erfahrung aus der heurigen SoLV hat gezeigt, dass das sehr gut funktioniert. So wird beispielsweise an einem Termin ein Ökonom der amerikanischen Zentralbank erzählen, wie er und sein Team die Unmengen an verfügbaren ökonomischen Daten nutzen, um das amerikanische Bruttoinlandsprodukt „nowzucasten“.

GDP-Nowcasting liefert Zahlen zum BIP der USA in kürzeren Zeitabständen als nur einmal pro Quartal. Viele weitere interessante Themen und Methoden zur Datenverwertung in der Volkswirtschaftslehre werden im Laufe der SoLV vorgestellt. Man braucht sich aber nicht vor einer Flut an Mathematikfolien (oder Informatik) fürchten, da der Umfang der Lehrveranstaltung schlicht nicht ausreichen wird, alle technischen Details des

weitläufigen Themas abschließend auszuführen.

Die Anrechnung ist noch nicht vollständig geklärt (momentan wird uns nur der Studienplanpunkt D versprochen, wobei der Punkt C.2, sonstige WiWi-Fächer, in Verhandlung ist), aber unser Konzept überzeugt bereits jetzt in der Planungsphase durch packende und praxisrelevante

Inhalte und bemerkenswerte Vortragende. Wir hoffen, euer Interesse geweckt zu haben und freuen uns auf eine gemeinsame SoLV!

Wann und wo? Montags 18:30 – 20:00 Uhr, Hörsaal 9 OMP



Armut in der Leistungsgesellschaft: Unvermeidbar oder Untragbar?

Der Rote Börsenkrach lädt gemeinsam mit der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Wien zur offenen Diskussionsveranstaltung ein. Dabei wollen wir gemeinsam diskutieren, wer denn als arm gilt und was getan werden kann, um Armut entgegenzuwirken. Die Fragen „Kann Arbeit als Ausweg aus der Armut dienen?“ und „Wie finanzieren wir Armutsbekämpfung?“ sollen unter anderem im Fokus der Diskussion stehen. Auch die Frage nach fehlender Selbstbestimmung – vor allem auch am Arbeitsplatz – als einer Art von Armut wollen wir diskutieren. Ziel der Veranstaltung ist es, einen Rahmen für gesellschaftlichen Dialog zu bieten und zum kollektiven Nachdenken anzuregen. Dazu wird es kurze Impulsvorträge zu

einzelnen Themenblöcken geben, diese sind jeweils als Diskussionsanreiz gedacht. Nach jedem Impulsvortrag wird es eine offene Fragerunde geben bzw. die Möglichkeit, Stellung zu beziehen. Im Anschluss an die vier Blöcke gibt es zusätzlich die Möglichkeit, in der Skylounge mit den anderen Gästen und Vortragenden bei Snacks und Getränken weiterzudiskutieren.

Wann? 31.01.2017, 18:30 Uhr
Wo? Skylounge (12. Stock), OMP

Aus Platzgründen bitten wir um Anmeldung unter:

wirtschaftswissenschaften.univie.ac.at/events/

Kommentar zur vergangenen Ausgabe

In der letzten RBK-Zeitung ging es im Leitartikel um das Fehlen von demokratischen Strukturen bzw. der Forderung nach mehr Mitspracherecht für Studierende an der Universität. Dazu hatten wir uns jedenfalls eine Reaktion von Seiten des Instituts oder der Fakultät erhofft; wie diese schlussendlich jedoch ausfiel, hat uns überrascht.

Gegen Ende des Artikels versuchten wir darzulegen, dass Professor*innen bei ihren Entscheidungen (etwa beim Einstellen neuer Mitarbeiter*innen) auch mit ihren

Eigeninteressen konfrontiert sind, was meist außer Acht gelassen wird. Vielmehr wird uns Studierenden nahegelegt, dass Professor*innen stets das Beste für alle verfolgten. So legitimiert die Führungselite des VWL-Instituts ihre Entscheidungsgewalt damit, dass sie über den besten Wissensstand verfügte und somit am besten in der Lage wäre, die optimalen Outcomes anzusteuern.

Wir formulierten etwas unglücklich: „Neue Mitarbeiter*innen des Instituts sollten ebenso bestenfalls eine Unterstützung in der

eigenen Forschung darstellen, allerdings aber auch nicht so kompetent sein, die eigenen Leistungen in den Schatten zu stellen“. Mit diesem Beispiel, wie sich der Interessenskonflikt gestalten könnte, wollten wir das grundsätzliche Dilemma aufzeigen, jedoch nicht dem Institut unterstellen, unfähige Personen einzustellen. Bei jenen Mitarbeiter*innen, die sich in dieser Weise angesprochen gefühlt haben, möchten wir uns in aller Form entschuldigen. Doch auch wenn Professor*innen die aus ihrer Sicht

ROTER BÖRSENKRACH

„besten“ Bewerber*innen an diese Uni holen, ist noch lang nicht garantiert, dass sie damit im Interesse der Gesellschaft im Allgemeinen und der Studierenden im Besonderen handeln.

„Bester“ Kandidat/„beste“ Kandidatin ist schließlich, wer in möglichst renommierten Journalen möglichst methodisch sattelfest möglichst viel publiziert. Kurzum: Glücklicherweise darf sich schätzen,

wem es gelungen ist, in einer noch nicht besetzten Nische ein originelles Resultat zu finden.

Die Aussagekraft dieser Forschungsergebnisse für (wirtschafts-) politische Fragen bleibt da gerne mal außen vor – ebenso, ob sich die Bewerber*innen abseits ihrer Forschung im gesellschaftlichen Diskurs engagieren. Die Lehre spielt in der Welt der exzellenten Forschung ebenfalls eine

untergeordnete Rolle. Und dass die VWL mit ihrem straffen Methodenkorsett ein Problem in Sachen fehlendem Pluralismus hat, dürfte ebenfalls nichts Neues sein.

Enttäuschend ist, dass die einzige Reaktion des Departments sich auf einen Satz in dem über mehrere Seiten gehenden Text bezieht. Man hängt sich auf einem Detail auf, ohne auf die grundsätzlichen Inhalte des Artikels einzugehen.

Selbstverständnis

Wir sind der Rote Börsenkrach, eure gewählte Studienvertretung. Als solche setzen wir uns gegen Rassismus und Faschismus, sexuelle und sexistische Unterdrückung und für Nachhaltigkeit, eine plurale ökonomische Lehre, Gleichberechtigung und ein selbstbestimmtes Leben im Allgemeinen ein. Das tun wir in der

Universitätspolitik aber auch bei allen anderen politischen Themen, die



Studierende betreffen – zum Beispiel bei Budget-

kürzungen für die Universitäten oder rechtsradikalen Umtrieben in Wien. Wir sind basisdemokratisch, das bedeutet dass unsere Gruppe jeder und jedem VWL-Studierenden offen steht, innerhalb gibt es keine hierarchische Ordnung, wir entscheiden im Konsens. Unsere Plena sind offen -- kommt vorbei!

Aufruf an alle, die etwas mitzuteilen haben

Wir verstehen unsere Zeitung als offene Bühne. Artikel von Studierenden sind, sofern sie unseren Grundsätzen nicht widersprechen, jederzeit willkommen. Wir freuen uns also, wenn der/die eine oder andere über die Ferienzeit findet, einen Artikel zu

schreiben, uns schickt und mit uns bespricht. Für Fragen stehen wir jederzeit unter stvvwl@univie.ac.at zur Verfügung. Einstweilen einen schönen Februar!